



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

**Christian Dürr**

Mitglied des Landtages  
Umweltpolitischer Sprecher  
der FDP-Landtagsfraktion

**Wahlkreisbüro**

Brookdamm 40  
27777 Ganderkesee  
Tel.: (04222) 400 0850  
Fax: (04222) 400 0860

**Landtagsbüro**

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Tel.: (0511) 3030-3405  
Fax: (0511) 3030-99-3405

**Internet**

[www.christian-duerr.de](http://www.christian-duerr.de)  
[christian.duerr@lt.niedersachsen.de](mailto:christian.duerr@lt.niedersachsen.de)

**Rede zur Aktuellen Stunde: Treibstoff der Zukunft wächst auf Niedersachsens Feldern - Förderung für Biosprit erhalten!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen – Drs. 15/2451

76. Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 07. Dezember 2005

**Christian Dürr (FDP):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bin Herrn Minister Ehlen und Herrn Kollegen Biestmann sehr dankbar, dass sie noch einmal deutlich gemacht haben, dass wir ein Stück weit gemeinsam gegen die Pläne einiger in der Bundesregierung, die die Steuerbefreiung des Biodiesels komplett wegfallen lassen wollen, kämpfen wollen und werden. Darüber bin ich sehr froh.

(Beifall bei der FDP)

Die Frage, ob im Rahmen eines Gesamtkonzeptes ein Abschmelzen der Steuerbefreiung sinnvoll ist, darf selbstverständlich gestellt werden. Ich halte von Denkverboten gar nichts. Wenn es eine Überkompensation durch die Steuerbefreiung gibt, dann muss darüber diskutiert werden. Aber, meine Damen und Herren, so etwas darf nicht - wie jetzt vorgeschlagen - einseitig zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher gehen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das Verhalten der SPD in dieser Sache ist deshalb völlig inakzeptabel.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Was?)

Einerseits wird durch den SPD-Umweltminister - Herr Haase, hören Sie genau zu - die Einspeisevergütung bei den erneuerbaren Energien, die die Verbraucher bezahlen müssen, in den Koalitionsverhandlungen mit Zähnen und Klauen verteidigt.

Andererseits, nämlich wenn der Staat durch eine Förderung des Biodiesels seinen Beitrag leisten soll, ist das auf einmal nicht mehr machbar, meine Damen und Herren. Den Verbrauchern nehmen Sie es nach Belieben aus der Tasche. Aber wenn sich der Staat bei seinen Einnahmen einmal einschränken muss, dann soll das nicht mehr funktionieren.

(Beifall bei der FDP - Hans-Dieter Haase [SPD]: Das ist nicht wahr! - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Schlimm!)

Nein, auch dann greifen Sie den Menschen wieder in die Tasche - in diesem Fall in die der Autofahrer, indem Sie die Steuern erhöhen wollen. Das ist Ihr Verständnis von sozialer Gerechtigkeit, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP - Hermann Eppers [CDU]: Und den Transportunternehmern!)

- Und selbstverständlich den Transportunternehmern, Herr Kollege Eppers. Wir müssen endlich begreifen, dass es im Bundeshaushalt kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem gibt. Wie wir hier in Niedersachsen muss sich auch der Bund darum bemühen, bei den Ausgaben zu kürzen, anstatt sich immer neue Einnahmequellen zu suchen. Steuererhöhungen sind in diesen Zeiten nicht nur Gift für die Konjunktur, sondern sie sind für die Menschen in unserem Land auch schlicht und einfach nicht mehr zumutbar.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Sie kennen die Haltung der FDP zur Mehrwertsteuererhöhung. Diese Erhöhung zusammen mit dem Wegfall der Steuerbefreiung für Biodiesel wird den Autofahrer erneut zur Melkkuh eines Bundesfinanzministers machen. Darüber hinaus soll die Beimischungspflicht von Biodiesel - das wurde vorhin schon gesagt – zu fossilem Diesel auf 5,75 % angehoben werden. Einer Beimischung ist grundsätzlich nicht zu widersprechen; denn sie soll auch den Anteil des Biodiesels insgesamt erhöhen. Zusammen mit der Abschaffung der Steuerbefreiung ergibt sich damit aber ein Preisanstieg für Diesel von 3 Cent pro Liter. Wenn man die Mehrwertsteuererhöhung dazunimmt, sind es 6 Cent pro Liter. Meine Damen und Herren, das ist Geld, welches der Staat mehr und der Verbraucher am Ende weniger in der Tasche haben wird. Ich möchte aus der Sicht der Produzenten, also vor allem der Landwirte, noch einen Punkt hinzufügen: Während bei den anderen erneuerbaren Energien die Planungssicherheit für die Produzenten immer so hoch gehalten wird, soll das hier auf einmal nicht mehr gelten.

(Unruhe)

**Vizepräsidentin Silva Seeler:**

Herr Dürr, warten Sie bitte einen Augenblick! - Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie müssen etwas ruhiger werden!

**Christian Dürr (FDP):**

Denn die Strukturen - das hat der Minister vorhin schon ausgeführt - in Niedersachsen haben jedenfalls unsere Landwirte durch die Steuerbefreiung deutlich gestärkt. Und das soll auf einmal nicht mehr gelten? Die SPD-Landtagsfraktion hat

vor wenigen Wochen noch verkündet - ich erinnere mich genau -, dass sich der neue Bundesumweltminister ganz bestimmt an seine niedersächsischen Wurzeln erinnern werde.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Das wird er auch!)

Davon, meine Damen und Herren, ist schon nach wenigen Tagen nichts, aber auch gar nichts mehr zu spüren.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich kann man sich über eine schrittweise Abschmelzung der Steuerbefreiung - das habe ich vorhin gesagt unterhalten. Was bei der Bundesregierung aber fehlt, ist eine Gesamtstrategie. Die Verbraucher haben erneut das Gefühl, dass der Staat nur ihr Bestes will, nämlich ihr Geld.

(Beifall bei der FDP)

*Quelle: Stenographischer Bericht der 76. Sitzung des Niedersächsischen Landtags, herausgegeben am 15.12.2005*